

# THORSTEN GLAUBER

*Für Sie im Landtag*

Liebe Leserinnen und Leser,

wir FREIE WÄHLER im Landtag sind der Überzeugung, dass die Werte der bayerischen, bürgerlichen Welt unbedingt wieder an Bedeutung gewinnen müssen, um eine innovative und fortschrittliche Zukunft zu gestalten. Als Gegengewicht zur Berliner Ampelregierung haben wir unseren Koalitionsvertrag fast lückenlos abgearbeitet. Jetzt setzen wir uns weiter mit aller Kraft dafür ein, unsere bayerische Heimat und ihr kulturelles Erbe zu schützen.

Schützenswert ist unsere Landwirtschaft, das hat der Landfrauentag der BBV Landfrauengruppe Forchheim eindrucksvoll bewiesen. Schützenswert sind auch unsere Tiere und die kleinen Schlachtbetriebe. Außerdem technische Innovationen, wie sie die Firma Loewe seit 100 Jahren eindrucksvoll erforscht und entwickelt hat.

Gleichzeitig wollen wir unsere Natur schützen. Mit der heutigen Zustimmung des Bundesrates zum bayerischen Antrag des Verbotes von Einweg-Elektro-Zigaretten sind wir damit einen Schritt weitergekommen.



IN DIESEM NEWSLETTER

**LANDFRAUENTAG BBV LAND-  
FRAUENGRUPPE FORCHHEIM**

---

**GESETZENTWURF ZUR  
NEUORDNUNG DER  
FLEISCHHYGIENE GEBÜHREN**

---

**RECHTANSPRUCH AUF  
GANZTAGSBETREUUNG  
KOMMT**

---

**NEIN ZU VERBOTSPLÄNEN  
DER BUNDESREGIERUNG VON  
ÖL- UND GASHEIZUNGEN**

---

**JA ZUR ARBEITSMIGRATION**



## Forchheimer Landfrauentag 2023

Am 02.03.2023 fand nach der Corona-Pause wieder der traditionelle Landfrauentag der BBV Landfrauen Forchheim in der Hirtenbachhalle in Heroldsbach statt.

Unter dem Motto "Mit uns Leben die Dörfer" begrüßte Kreisbäuerin Christine Werner die anwesenden Gäste. Staatsminister Thorsten Glauber unterstrich die wichtige Bedeutung der Landwirtschaft für die Gemeinschaft. "Wir brauchen sie für lebendige Dörfer, für aktive Regionen und für eine nachhaltige Landwirtschaft", so Glauber. Gleichzeitig dankte er der verabschiedeten Kreisbäuerin Rosi Kraus für ihre jahrelange Arbeit und der neu gewählten Vorstandschaft für das gemeinsame Anpacken für den Landkreis.

# Gesetzesentwurf zur Neuordnung der Fleischhygienegebühren im Bayerischen Landtag



Über 1.500 unserer Schlachtbetriebe in Bayern sind kleine Betriebe. Sie stehen für Tradition und Innovation, sie stehen für Regionalität und sie stehen vor allem für eins: Für Tierwohl vor Ort. Mit der Neuordnung der Fleischhygienegebühr will Bayern kleine, regionale Schlachtbetriebe unterstützen. Dazu hat die Staatsregierung einen Gesetzesentwurf eingereicht, der am 02.03.2023 in erster Lesung im Landtag behandelt wurde.

"Kleine, regionale und vielfältige Strukturen wollen wir stärken und unterstützen. Im Gesetzesentwurf über den gesundheitlichen Verbraucherschutz und das Veterinärwesen geht es darum, örtliche Strukturen zu stärken, sie zu schützen und Wettbewerbsnachteile auszugleichen", so Staatsminister Glauber in seiner Rede im Bayerischen Landtag.

Derzeit werden in weniger als 100 Betrieben über 90% der Tiere geschlachtet. Demgegenüber stehen rund 1.500 kleine Betriebe mit geringen Schlachtzahlen. Die Fleischhygienegebühren werden bisher aufwandsbezogen erhoben, der Gesetzesentwurf sieht eine Vereinheitlichung der Gebühren vor. Die entstehenden Mindereinnahmen bei den Kommunen werden vom Umwelt- und Landwirtschaftsministerium zusammen ausgeglichen.

"Unser Ziel ist es, das ehrbare Metzgerhandwerk zu unterstützen. Wir wollen die Vielfalt der Lebensmittel in Bayern stärken. Eine hofnahe Schlachtung eröffnet den Tierhaltern und Metzgern eine gute Möglichkeit der Direktvermarktung. Die hofnahe Schlachtung bedeutet auch weniger Stress für die Tiere und damit mehr Tierschutz. Wir ziehen als Staatsregierung an einem Strang für den Tierschutz, für unsere Landwirte, regionale Strukturen und starke Kommunen", so Glauber weiter.





## 100 Jahre Loewe - 100 innovative Jahre

Am 22. Januar 2023 begann für die Firma Loewe aus Kronach das nächste Jahrhundert. Heute ist die Firma als Loewe Technology GmbH in 42 Ländern aktiv, der Produktionsstandort und die 200 Mitarbeitenden sind allesamt am Stammsitz in Kronach angesiedelt. Dort hat das Unternehmen seit 1948 ihren Hauptsitz. "Loewe hat in Design und Qualität viele Meilensteine gesetzt. Als Oberfranke freue ich mich natürlich besonders, dass der Global Player Loewe seine Wurzeln nie vergessen und dem Standort Kronach die Treue gehalten hat. Das ist ein Glücksfall für die Region", so Staatsminister Thorsten Glauber.

In den letzten 100 Jahren konnte Loewe die Geschichte des Fernsehens von Anfang an maßgeblich prägen. 1931 wurde in Berlin das weltweit erste vollelektronische Fernsehgerät vorgestellt.

Am 02. März wurde zum Auftakt zu den Jubiläums-Feierlichkeiten die Sonderausstellung "100 Jahre Loewe Designgeschichte" am Standort Kronach eröffnet.

# Bundesrat nimmt bayerischen Antrag zum Verbot von Einweg-Elektro-Zigaretten an



Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung den bayerischen Antrag für ein europaweites Verbot von Einweg-E-Zigaretten angenommen. "Die Entscheidung ist ein klares Signal gegen Ressourcenverschwendung. Wir wollen den Konsummüll deutlich reduzieren. Hier braucht es klare Regelungen. Einweg-E-Zigaretten sind klassische Wegwerfartikel. Wir setzen uns seit langem für eine deutliche Reduzierung von Plastikmüll und ein erweitertes

Verbot von Einwegzeugnissen ein", so Staatsminister Thorsten Glauber.

Einweg-Elektro-Zigaretten sind mit einer nicht wiederauffüllbaren aromatisierten Flüssigkeit gefüllt. Vor allem aber sind sie mit einer nicht wiederaufladbaren Batterie versehen. Nach vollständigem Gebrauch sind Einweg-E-Zigaretten daher Elektroschrott und damit in vorgesehenen Sammelstellen ordnungsgemäß zu entsorgen.

"Mehrweg statt Einweg ist das richtige Prinzip. Die besten Abfälle sind die, die gar nicht erst entstehen", so Glauber weiter.

Mit der Bundesrat-Entscheidung wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auf EU-Ebene für ein wirkungsvolles Verbot des Inverkehrbringens von Einweg-E-Zigaretten einzusetzen. Der Freistaat Bayern ist mangels Rechtsgrundlage derzeit nicht befugt, den Verkauf von Einweg-E-Zigaretten zu beschränken.

## Wir stehen fest

an der Seite unserer Bürgermeister und Kommunalpolitiker, damit der Ausbau von Schulgebäuden durch bürokratische Fördervorgaben aus Berlin nicht ausgebremst wird.

*Tobias Gotthardt, bildungspolitischer Sprecher*



## Schrittweiser Ganztag für Grundschüler ab 2026

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter kommt: Schrittweise, ab August 2026 – so hat es der Bundestag beschlossen. Vor diesem Hintergrund setzen sich die FREIEN WÄHLER im Landtag für die volle und flexible Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung des Ausbaus von Schulgebäuden ein. Mit Hilfe eines Dringlichkeitsantrags, den wir in der vergangenen Woche zum Plenum eingebracht haben, wirken wir auf eine möglichst flexible Gestaltung der Förderrichtlinie für Investitionen zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter hin. Insbesondere im Bereich von Zubauten und der Möglichkeit einer Doppelnutzung bestehender und zum Schulhaus benachbarter Gebäude wollen wir unbürokratische Förderlösungen für Ganztageseinrichtungen entwickeln. Ziel ist eine gut anwendbare und die vorhandenen räumlichen Potenziale optimal nutzende Lösung für die Kommunen in Bayern: Im Interesse unserer Kinder und im Interesse einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mehr zum Thema lesen Sie [HIER](#).

# Öl- und Gasheizungen: FREIE WÄHLER-Fraktion lehnt Verbotspläne der Bundesregierung ab

## Verbot von Öl- und Gasheizungen:

Vorhaben der Bundesregierung ist aufgrund unzureichender Alternativen nicht umsetzbar



Rund 71 Prozent der deutschen Haushalte heizen mit Gas- oder Ölheizungen. Bereits ab dem kommenden Jahr soll ihr Einbau verboten werden – so der Plan von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Mittels Dringlichkeitsantrags im Plenum möchten wir FREIE WÄHLER im Landtag dieses Vorhaben stoppen: Wir lehnen den Entwurf der Berliner Ampelregierung zur Reform des Gebäude-Energiegesetzes strikt ab! Denn das darin vorgesehene Verbot der Montage von neuen Öl- und Gasheizungen ist auch mit Blick auf den Klimaschutz nicht durchdacht. Zudem sind die in absehbarer Zeit verfügbaren Möglichkeiten zur Installation alternativer Heizungen begrenzt – auch aufgrund limitierter Lieferkapazitäten. Hinzu kommt die Pflicht, funktionierende Öl- und Gasheizungen

nach einer Nutzungsdauer von höchstens dreißig Jahren ausbauen zu lassen. Das ist aufgrund fehlender Wärmenetze – vor allem im ländlichen Raum – sowie dem bestehenden Fachkräftemangel nicht umsetzbar. Die Nutzung erneuerbarer Energien im Gebäudesektor muss vorangetrieben werden – das steht ganz außer Frage. Allerdings müssen sich Eigentümerinnen und Eigentümer die Umstellung auch leisten können. Das Gleiche gilt für Mieterinnen und Mieter. Jetzt gilt es gezielt Anreize zu setzen, denn mit einer ideologiegetriebenen Verbotspolitik kommen wir nicht weiter. Mehr zum Thema lesen Sie [HIER](#).





## **FREIE WÄHLER-Fraktion begrüßt Söders Ja zur Arbeitsmigration**

Wir FREIE WÄHLER im Landtag freuen uns, dass wir offenbar dazu beitragen konnten, dass Ministerpräsident Söder erkennt, welche große Chance abgelehnte Asylbewerber für unsere Wirtschaft darstellen können. Während die CSU-Fraktion einen entsprechenden Vorstoß von uns FREIEN WÄHLERN im Landtag ablehnt, scheint der Ministerpräsident nun verstanden zu haben: Seit Langem fordern wir einen menschenwürdigen Umgang auch mit abgelehnten Asylbewerbern. Denn diese geben uns die Chance, dem Fachkräftemangel angemessen zu begegnen. Insbesondere haben wir schon seit Jahren ein Ende der unsinnigen Praxis gefordert, junge Menschen mit Aussicht auf Ausbildung oder Arbeit zu zwingen, um die halbe Welt zu fliegen, nur um in einer deutschen Botschaft ein Arbeitsvisum zur Wiedereinreise nach Deutschland zu beantragen. Es stimmt uns hoffnungsfroh, dass Herr Söder dies nun auch eingesehen hat und sich die CSU endlich an der Seite der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in Berlin dafür einsetzen wird, dass die zu restriktiven und wirtschaftsfeindlichen Regelungen des Aufenthaltsgesetzes angepasst werden. **HIER** lesen Sie mehr zum Thema.